

**Stellungnahme des Deutschen Pflegerates e. V. (DPR) zur
inhaltlichen Vorbereitung der
„Statuskonferenz Hitze“ im
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) am
20. November 2023**

Der Deutsche Pflegerat (DPR) vertritt als Dachverband der bedeutendsten Berufsverbände des deutschen Pflege- und Hebammenwesens die Positionen der Pflegeorganisationen und ist primärer Ansprechpartner für die Politik. Der DPR bedankt sich, die Gelegenheit zu erhalten, beratend an der Statuskonferenz teilzunehmen, um den Hitzeschutzplan für Gesundheit aus pflegerischer Perspektive mitzugestalten.

Der DPR begrüßt das systematische und prozesshafte Arbeiten des Ministeriums an dem Thema Hitze. Damit zeigt das BMG, welche hohe Relevanz das größte klimawandelbedingte Gesundheitsrisiko in Deutschland hat. Der DPR begrüßt des Weiteren, wenn das BMG die Kommunen und Länder mit personellen und finanziellen Ressourcen unterstützt, beratende und informierende Aufgaben übernimmt sowie einen rechtlichen Rahmen für einen wirksamen Hitzeschutz in Deutschland schafft (SRU 2023).

In diesem Zusammenhang beantwortet der DPR gerne die vom BMG gestellten Fragen in Vorbereitung auf die Statuskonferenz:

1. Hat sich die Situation im Sommer 2023 in Bezug auf den Hitzeschutz aus Ihrer Sicht verbessert und welche der mit dem Hitzeschutzplan kurzfristig vereinbarten Maßnahmen haben dazu beigetragen?

Aus Sicht des DPR hat sich die Situation in Bezug auf den Hitzeschutz nicht ausreichend verbessert. Lediglich die mediale Aufmerksamkeit haben das Thema mehr in den Fokus gerückt. Das Erkennen von Hitzेरisiken und der wirksame Hitzeschutz sind noch nicht hinreichend als **gemeinsame Aufgabe der Gesellschaft** erkannt worden. Kurzum: Es ist nicht nur eine Aufgabe des Gesundheitssystems sich auf Hitzewellen vorzubereiten. Alle gesellschaftlichen Bereiche müssen das Hitzेरisiko als Basis von Handeln in ihrem Wirkungskontext sehen (RKI 2023, DPR et al. 2023a). Grundsätzlich weist der DPR daraufhin, dass der Hitzeschutz am wirksamsten ist, wenn es einen starken **Klimaschutz** gibt. Erstmals konnte die deutsche Bevölkerung medienwirksam durch den **Bundesweiten Hitzeaktionstag im Juni 2023** auf hitzebedingte Risiken aufmerksam gemacht werden. Jedoch benennen laut dem Projekt Planetary Health Action Survey (PACE) nur 66% der Menschen in der Gruppe der professionellen und informellen Pflegenden Risikofaktoren für Hitzefolgen korrekt (Betsch et al. 2023).

Gerade vulnerable Personengruppen weisen zumeist multiple Risiken der Gesundheitsschädigung durch starke oder extreme Wärmebelastung auf. Dies braucht gerade aus pflegerischer Perspektive eine **individuelle Einschätzung der Versorgungssituation** (RKI 2023). Hier muss die individuelle Relevanz der einzelnen Hitzeschutzmaßnahmen je nach Versorgung priorisiert werden, so können beispielsweise Personen mit einer ärztlich

verordneten Trinkmengenbegrenzung durch Herz- oder Nierenerkrankungen nicht ohne weiteres den pauschalen Trinkempfehlungen aus den verfügbaren Informationsmaterialien folgen.

Des Weiteren spitzt sich die **Versorgungssituation in den einzelnen Versorgungssettings** durch den Fachkräftemangel und den vielerorts berichteten Insolvenzen bei Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen so zu, dass zu vermuten ist, dass eine angemessene Versorgung gefährdeter Bevölkerungsgruppen kaum möglich ist. Der DPR sieht mit Sorge auf die nächste Hitzesaison, wenn Hitzewellen auf eine fragile und defizitäre pflegerische Versorgungssituation in Krankenhäusern, vollstationären, teilstationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen trifft.

Das **Hitzewarnsystem des DWD** bietet aus der Sicht des DPR hervorragende Möglichkeiten die Bevölkerung zu warnen. Trotzdem ist das System noch zu unbekannt in der Bevölkerung und auch bei den Gesundheitsfachberufen, um seine Potentiale zu entfalten. Das Hitzewarnsystem ist auch nicht für alle Bevölkerungsgruppen geeignet, z. B. Personen mit reduzierten Sprach-, Medien- oder Gesundheitskompetenzen sowie mit kognitiven Einschränkungen. Hier braucht es eine Begleitung von An- und Zugehörigen oder Gesundheitsfachberufen. Um Bevölkerungsgruppen nicht auszuschließen, muss weiterhin über alle Medienkanäle (analoges Fernsehen, Zeitung, Radio und im öffentlichen Raum) vor Wärmebelastungen gewarnt werden. Die geplanten Hitzeschutzkampagnen erreichen noch nicht umfassend die Zielgruppen. Obwohl sich Personen, die sich beruflich oder privat um gefährdete Menschen kümmern, sich über das Thema Hitze informieren, unterschätzen 45,4 % der gefährdeten Personen ihr eigenes Hitzerisiko (Betsch et al. 2023). Wenn sich Personen jedoch nicht einer Risikogruppe zuordnen, werden relevante Verhaltensänderungen nicht ausreichend umgesetzt. Darunter lassen sich beispielsweise Personen mit chronischen Erkrankungen, die bestimmte Hitze-relevante Medikamente einnehmen, einen BMI > 30 aufweisen, intensiv Sport treiben oder schwere körperliche Arbeit verrichten, wie es auch professionelle und informelle Pflegende tun, einordnen. Darüber hinaus haben 40% der gefährdeten Personen zwei oder mehr Risikofaktoren (Betsch et al. 2023). PACE macht deutlich, dass bereits Verhaltensänderungen, wie das Lüftungsmanagement, das Meiden von Sonne und eine Anpassung der Kleidung sowie Ernährung-/Trinkverhaltens, stattfindet. Trotzdem werden nur zu einem sehr geringen Anteil die Dosierung der Hitze-relevanten Medikamente von Ärzt: innen oder Apotheker: innen überprüft (Betsch et al. 2023). Der DPR begrüßt die RKI-Empfehlungen die **individuellen und öffentlichen Aufklärungskampagnen** stets zu kombinieren.

Mit der Entwicklung von **bundeseinheitlichen Empfehlungen** zu Hitzeschutzplänen in vollstationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen durch den Qualitätsausschuss Pflege im Bereich des SGB XI ist ein erster Schritt getan. Diese Maßnahme lässt jedoch offen, wie die 64 % der Pflegebedürftigen (Destatis 2023), die überwiegend nur von pflegenden An- und Zugehörigen in der eigenen Häuslichkeit versorgt werden, mit wirksamen Hitzeschutzmaßnahmen erreicht werden können. Der DPR spricht sich dafür aus, die Institutionen, die die Pflegebedürftigkeit feststellen und Pflegeberatungen durchführen, als **Multiplikatoren** in den Hitzeschutzplan für Gesundheit des BMG mitzuberechnen, um die Gruppe der informellen Pflegenden zu erreichen.

Des Weiteren haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten zur Entlastung von Pflegepersonen im Sinne des SGB XI **teilstationäre Pflegeeinrichtungen** etabliert, die ebenfalls spezifische Hitzeschutzpläne benötigen.

2. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie mit Blick auf den Sommer 2024 und welche konkreten kurzfristigen Maßnahmen im Gesundheitswesen könnten umgesetzt werden, um die Situation noch weiter zu verbessern?

Aus Sicht des DPR muss das Thema verpflichtend in die **Aus-, Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsfachberufe** verankert werden (The Lancet Countdown 2021).

Einzelne Kommunen überlegen ein Hitzeschutzregister für Personen mit einem erhöhten Risiko für Hitzeerkrankungen aufzulegen. Der DPR spricht sich für ein **bundeseinheitliches Notfallregister** aus. So ein Notfallregister könnte in Hitzewellen die relevanten Informationslücken zwischen gefährdeten Personen und Einsatzkräften schließen, um die Unterstützungsbedarfe zu priorisieren. Der DPR hält es zusätzlich für sinnvoll, Hitzewellen, wie auch Starkregen, Überflutungen, Waldbrände oder Stürme allgemein als Not- und Katastrophenfall zu bewerten (RKI 2023, DPR et al. 2023a).

Darüber hinaus müsste eine gezielte Kontaktaufnahme der gefährdeten Personen erfolgen. Die geplante Einführung der **Community Health Nurse** könnte einen entscheidenden Beitrag dazu leisten. Die Einführung muss jedoch auch mit einer erweiterten pflegerischen Versorgungspraxis und Handlungsautonomie einhergehen (Weidner & Schubert 2022). Gerade ältere und alleinstehende Personen müssen in ihrer individuellen Lebenssituation passgenau erreicht werden. Es braucht individuell entwickelte Notfallpläne, wie z.B. Ausweichquartiere, zusätzliche und flexible Versorgungsleistungen, die in den relativ kurzen Zeitraum der Hitzewellen umgesetzt werden können. Hier wäre angezeigt bürokratische Strukturen und Prozesse zu überwinden, um den einzelnen Gesundheitsfachberufen zu ermöglichen, schneller gemäß dem Bedarf der gefährdeten Personen zu handeln.

Das aufsuchende Angebot, wie z. B. der international seit langem etablierte **Präventive Hausbesuch** bei Personen ab 65 Jahren, könnte ebenfalls zu Hitzesrisiken und Hitzeprävention aufklären und beraten. Der DPR weist daraufhin, dass aktuell pflegerische Beratungen als Leistung im SGB V und XI mit bestimmten Zugangsvoraussetzungen verankert sind. Eine niederschwellige individuelle Beratung, dass unter anderem auch das Hitzesrisiko ermittelt und Beratung anbietet, müssen aus Sicht des DPR bundesweit als Daseinsvorsorge verstetigt werden.

3. An welchen Stellen sollten die mittel- und langfristigen Maßnahmen im Hitzeschutzplan auf Bundesebene intensiviert und weiterentwickelt werden?

Mit Verweis auf die konzertierte Stellungnahme zum Gesetzesentwurf des Klimaanpassungsgesetz vom BMUV von 331 Organisationen und Einzelpersonen aus dem Gesundheitssystem (Stand: 16.10.2023), ist eine **ressortübergreifende Zusammenarbeit** dringend angezeigt, wie es das BMG mit der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) vorgesehen hat.

Zusätzlich sieht der DPR die Notwendigkeit, die **Kompetenzfestlegungen** im PflBG und in Rahmenlehrplänen/Studienordnungen in Hinblick auf Nachhaltigkeit und Klimawandel zu erweitern (ICN 2021, DPR et al. 2023b). Um Gesundheitsfachberufe zur Umsetzung umweltsensibler Gesundheitsförderung und Prävention zu befähigen, bietet die umfassende Verankerung in den bestehenden/neuen Leitlinien und Standard der Berufe einen zentralen Hebel sowie Orientierung im Gesundheitssystem (WBGU 2023).

Die schnelle Umsetzung der Neustrukturierung der Arbeitsaufteilung der Gesundheitsfachberufe muss vorangetrieben werden, um insbesondere qualifizierte Pflegefachpersonen **die Heilkundeausübung** zu ermöglichen.

Schlussendlich müssen Bund und Länder gemeinsam eine **ausreichende Finanzierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)** sicherstellen, sodass die zuständigen Gesundheitsämter langfristig Hitzeschutz und andere umwelt- und klimabezogene Gesundheitsthemen voranbringen (SRU 2023, DPR et al. 2023a).

4. Welche Planungen darüber hinaus existieren in Ihrer Institution, um die eigenen Anstrengungen beim Hitzeschutz mit Blick auf den Sommer 2024 zu intensivieren?

Der DPR wird weiterhin seine Expertise beim Hitzeschutz einbringen. Aktuell ist er an der Entwicklung der **bundesweiten Empfehlungen durch den Qualitätsausschuss** beteiligt. Zudem hat sich der DPR mit seiner Expertise in die Stellungnahme zum Klimaanpassungsgesetz aktiv eingebracht. Des Weiteren wird sich der DPR wieder aktiv am nächsten **bundesweiten Hitzeaktionstag** beteiligen. Gleichzeitig wird er weitere **monodisziplinäre Initiativen**, wie z. B. Veranstaltungen eruiieren, um das Thema nachhaltiger in die Berufsgruppe und in alle pflegerischen Praxisfelder zu tragen.

Berlin, 26. Oktober 2023

Deutscher Pflegerat e.V. – DPR
Alt- Moabit 91
10559 Berlin
Tel.: + 49 30 / 398 77 303
Fax: + 49 30 / 398 77 304
E-Mail: info@deutscher-pflegerat.de
www.deutscher-pflegerat.de

Quellen

Bundesministerium für Gesundheit – BMG (2023). Hitzeschutzplan für Gesundheit – Impuls des BMG. Stand 23.06.2023.

DPR, BKK, BÄK, AWO, Universität Heidelberg, CPHP & KLUG (2023a). Gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf des Klimaanpassungsgesetz. URL <https://www.klimawandel-gesundheit.de/stellungnahme-klimaanpassungsgesetz/>

DPR, DGP, BDP, BLGS (2023b). 7-Punkte-Positionspapier zur Pflegebildung in Deutschland im Zusammenhang mit dem Gesetzesentwurf für ein Pflegestudiumstärkungsgesetz (PflStudStG). URL https://deutscher-pflegerat.de/download/2023_08-08_pflegebildung_pflstudstg_dpr-verbaende.pdf

International Council of Nurses/ICN (2021). Der ICN-Ethikkodex für Pflegefachpersonen. URL https://www.dbfk.de/media/docs/download/Allgemein/ICN_Code-of-Ethics_DE_WEB.pdf

Betsch, C., Eitze, S., Geiger, M., Hellmann, L., Jenny, M., Korn, L., Lehrer, L., Maur, K., Shamsrizi, P., Sprengholz, P., Temme, H. (2023). Projekt Planetary Health Action Survey (PACE). URL <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/topic/special/20-hitze/>

Notfallregister e.V. (2023). Register für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen zur bedarfsgerechten Unterstützung im Not- und Katastrophenfall. URL <https://www.notfallregister.eu/>

Robert Koch- Institut/RKI (2023). Auswirkungen des Klimawandels auf Infektionskrankheiten und antimikrobielle Resistenzen – Teil 1 des Sachstandsberichts Klimawandel und Gesundheit. Journal of Health Monitoring 2013 8 (S3) 3-6. DOI 10.25646/11390

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen/SVR (2023). Resilienz im Gesundheitswesen. Wege zur Bewältigung künftiger Krisen. URL https://www.svr-gesundheit.de/fileadmin/Gutachten/Gutachten_2023/Gesamtgutachten_ePDF_Final.pdf

Sachverständigenrat für Umweltfragen/SRU (2023). Umwelt und Gesundheit konsequent zusammendenken. Sondergutachten. URL https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_06_SG_Umwelt_und_Gesundheit_zusammendenken.pdf?__blob=publicationFile&v=15

Statistisches Bundesamt/Destatis (2023). Pflegestatistik 2021. URL <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/inhalt.html#sprg229164>

The Lancet Countdown on Health and Climate Change (2021). Policy Brief für Deutschland. URL [https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/old-files/downloads/pdf-Ordner/Pressemitteilungen/Germany_2021 - Lancet Countdown Policy Document v2.pdf](https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/old-files/downloads/pdf-Ordner/Pressemitteilungen/Germany_2021_-_Lancet_Countdown_Policy_Document_v2.pdf)

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen/WBGU (2023). Gesund leben auf einer gesunden Erde. Hauptgutachten. URL https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2023/pdf/wbgu_hg2023.pdf